

Fachbereich 7

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

ver.di Bezirk Ruhr-West • Teichstr. 4a • 45127-Essen

An Mitglieder des Jugendhilfeausschusses Stadt Essen

ver.di Bezirk Ruhr West

Teichstr. 4a 45127 Essen

Telefon: 02 01 / 2 47 52-12 Telefax: 02 01 / 2 47 52-30

Kindeswohl in Essen 04.06.18

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen Pe/Kl

Durchwahl 12 / 21

Sehr geehrte Damen und Herren,

kürzlich haben Zeitungen und Nachrichtensendungen mit der Meldung aufgemacht: "Jugendämter beim Schutz von Kindern überlastet" (so die WAZ v. 15. Mai 2018). Berichtet wurde über eine Studie der Hochschule Koblenz, wonach die Beschäftigten der ASDs deutschlandweit ihre Arbeit kaum mehr schaffen. Es fehlen, so die überschlägige Berechnung der für die Studie verantwortlichen Wissenschaftlerinnen, in der Bundesrepublik 16.000 Stellen – bei derzeit 13.400 Beschäftigten in der bezirklichen Sozialarbeit insgesamt.

In den Kommunen sehen sich sowohl die betroffenen BezirkssozialarbeiterInnen als auch Leitungskräfte in den Jugendämtern bestätigt: Für die Wahrnehmung seiner für den kommunalen Sozialstaat essentiellen Aufgaben benötigt der ASD bessere Arbeitsbedingungen. Und vor allem eben: mehr Personal.

Monika Goral und Kerstin Kubisch-Piesk, Jugendamts- bzw. ASD-Regionalleiterin aus Berlin, fassten ihre Einschätzung zur Studie wie folgt zusammen: "Um gut arbeiten zu können, bedarf es allerdings deutlich besserer Arbeitsbedingungen, eine ausreichende Personalausstattung, um der ansteigenden, viel zu hohen Fallbelastung entgegenzuwirken – und einer Jugendhilfe, die Haltung zeigt und hilft." Unser Essener Jugendamtsleiter Ulrich Engelen wurde in der WAZ mit der Angabe von durchschnittlich 70 Fällen pro ASD-Sachgebiet zitiert. Diese Zahl liegt so klar über den in der Fachdebatte diskutierten Fallzahlobergrenzen, dass auch für Essen nur der eine Schluss zulässig ist: Der ASD unserer Stadt ist strukturell überlastet.

Anfang März sind einige von Ihnen unserer Einladung gefolgt, mit gewerkschaftlich organisierten KollegInnen über die Arbeitssituation im ASD zu sprechen. Hierbei haben wir die Indikatoren für eine in den vergangenen Jahren stetig gestiegene Arbeitsbelastung dargestellt. Wir haben argumentiert, dass sich allgemeine präventive Maßnahmen kaum degressiv auf die ASD-Fallzahlen auswirken. Und wir

Offnungszeiten:

Mo, Mi, Do: 8.00-16.00 Uhr Dienstag: 8.00-17.00 Uhr Freitag: 8.00-12.00 Uhr haben die ver.di-Forderung nach einer Fallzahlbegrenzung auf 28 Vorgänge aus den vier Kernarbeitsbereichen des ASD erläutert.

Im Essener ASD besteht seit vielen Jahren akuter Handlungsbedarf, die Belastungsspitze ist zur Dauerbelastung geworden. Wir fordern weiterhin zwei Stellen pro Bezirksstelle als Sofortmaßnahme. Zudem muss jetzt ohne Verzug ein dynamisches Stellenbemessungsverfahren implementiert werden, das für eine ausreichende Personalausstattung sorgt und bei veränderter Auftragslage Anpassungen garantiert. Mit Diskussionen über veränderte Arbeitsweisen, bundeseinheitliche Verfahrensstandards oder neue aufsichtsbehördliche Strukturen, wie sie derzeit von einigen Seiten geführt werden, ist den KollegInnen nicht geholfen.

Es steht viel auf dem Spiel. Wir als Gewerkschaft wollen nicht und wir als Gesellschaft dürfen nicht riskieren, dass krisenhafte Entwicklungen im Aufwachsen übersehen werden, weil den Fachkräften die Zeit zur achtsamen Begleitung von Kindern, Jugendlichen und Eltern fehlt. Dass Familien auseinandergerissen werden, weil dauerhafter Arbeitsdruck zu übereilten Inobhutnahmen führt. Dass sich das Image des Jugendamtes am Ende auch aus diesem Grund wieder verschlechtert und die Inanspruchnahme von Beratung, Unterstützung und erzieherischen Hilfen gerade da abnimmt, wo Hilfe am nötigsten ist.

Der kommunale Sozialstaat muss mit seinen vielfältigen Angeboten insbesondere da leicht erreichbar sein, wo Krisen bereits strukturell durch Ressourcenarmut angelegt sind. Familien und junge Menschen müssen sich in dieser Stadt auf das Jugendamt verlassen können, wenn es drauf ankommt. Auf einen ASD, der fachlich auf der Höhe ist und der zugleich lebensweltnah und verständigungsorientiert agiert.

Wir appellieren an Sie als FachpolitikerInnen, die den Jugendhilfeausschuss und insofern auch die zweite Säule des Jugendamtes repräsentieren: Setzen Sie den ASD in den Stand, für Kinder, Jugendliche und Familien so da zu sein, wie es unserer Verfassung entspricht.

Mit freundlichen Grüßen

Martina Peil Gewerkschaftssekretärin Ver.di Bezirk Ruhr-West Fachbereich Gemeinden